

FÖDERALISMUSREFORM

Oettinger will mehr Steuerbefugnisse für Länder

Die Bundesländer sollen künftig mehr Zuschläge auf die Einkommens- und Lohnsteuer erheben dürfen, schlägt der Ministerpräsident vor. Damit sie mit diesen Einnahmen ihre Finanzlöcher stopfen, soll ihnen ein Fonds den Schuldenabbau schmackhaft machen.



Günther Oettinger, Vorsitzender der Föderalismuskommission II, denkt derzeit über einen Entschuldungsfonds nach. Damit sollen Länder belohnt werden, die ihre Finanzlöcher stopfen. Foto: DPA

Derzeit könnten Schulden nur durch Umschichtungen oder Einsparungen abgebaut werden, sagte der baden-württembergische Ministerpräsident (CDU) nach einem Treffen mit den Oppositionsparteien im Berliner Senat. Wenn die Länder einen begrenzten Zuschlag auf Einkommens- oder Lohnsteuern erheben dürften, könnten sie dies wesentlich schneller erreichen.

„Bisher haben die Kommunen mehr Handlungsspielraum als die Länder“ sagte Oettinger, der auch Vorsitzender der Föderalismuskommission II ist. Diese berät über die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Oettinger schlug weiter vor, zum Schuldenabbau müsse es mehr Anreize geben. Neben einer größeren Steuerautonomie könne ein Entschuldungsfonds helfen. Nach den vorgestellten Überlegungen könnten hoch verschuldete Länder wie Berlin zu einem Euro Schulden, den sie tilgen würden, einen Euro aus diesem Fonds dazu bekommen. Reichere Bundesländer würden hingegen deutlich weniger, „zum Beispiel 20 Cent“, pro Euro Schuldenabbau erhalten, sagte Oettinger.

Der Abbau von Schulden sei eine Jahrhundertaufgabe, sagte Oettinger. „Das wird bestimmt 30 Jahre dauern.“ Dennoch seien die Voraussetzungen durch die gestiegenen Steuereinnahmen und die gute Konjunktur derzeit gut. Wenn in „drei bis acht Jahren“ auf Landes- und Bundesebene keine neuen Schulden mehr aufgenommen würden, könnten die Altschulden getilgt werden, sagte Oettinger.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Friedbert Pflüger, sagte, die Einführung eines Entschuldungspaktes sei eine nationale Aufgabe. Für das hoch verschuldete Berlin sei dies eine gute Grundlage.

Der Chef der Grünen-Fraktion, Volker Ratzmann, sagte, die Diskussion werde für alle Länder geführt. „Wer es schafft, Berlin aus der Schuldenfalle zu befreien, tut auch was für die anderen Länder.“ Berlin hat über 60 Milliarden Euro Schulden. Der Bund lehnt es ab, sich an der Tilgung zu beteiligen. Das Gespräch

mit Günther Oettinger war auf Bitten der Fraktionen von CDU, Grüne und FDP im Berliner Senat zustande gekommen. Die drei Fraktionen hatten kritisiert, dass der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) auf ähnliche Vorschläge Oettingers vor einigen Wochen nicht reagiert hatte.

Am Donnerstag wird Oettinger gemeinsam mit SPD-Fraktionschef Peter Struck, mit dem er sich den Vorsitz der Föderalismusreform II teilt, auch im Konvent für Deutschland über die Föderalismusreform II sprechen.

Der Konvent befasst sich unter dem Vorsitz von Bundespräsident a. D. Roman Herzog mit den Themen Föderalismusreform, Finanzverfassung und Haushaltsreform, Bürgerrechte, Rolle der Parteien, Wahlrecht und Wahlsystem, Demokratie und Gruppeninteressen sowie Handlungsfähigkeit Deutschlands in Europa. Er versteht sich als überparteiliches und unabhängiges Gremium. Nach eigenen Angaben werden regelmäßige Gespräche mit politischen Amtsinhabern geführt. Wie der Konvent mitteilte, kommen die beiden Vorsitzenden der Föderalismuskommission II in diesem Rahmen das erste Mal zusammen.

AP/DPA/WA